Allgemeine Information des Studierendenwerks Ulm zum Umgang mit Ihren Daten

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen allgemeinen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim Studierendenwerk Ulm geben und Ihnen Ihre Rechte nach dem Datenschutz mitteilen.

Verantwortliche Stelle:
Studierendenwerk Ulm
Anstalt des öffentlichen Rechts
James-Franck-Ring 8
89081 Ulm

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten:
Ulrich Schwarzenbolz
Studierendenwerk Ulm
James-Franck-Ring 8
89081 Ulm
Tel. 0173 4239543
ulrich.schwarzenbolz@studierendenwerk-ulm.de

Nach welcher Rechtsgrundlage werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben aus dem Studierendenwerksgesetz entsprechend den Bestimmungen

- der Datenschutz-Grundverordnung DS-GVO
- des Bundesdatenschutzgesetzes BDSG
- des Landesdatenschutzgesetzes Baden-Württemberg LDSG.

Soweit wir für die Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO als Rechtsgrundlage.

Für den Fall, das lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. d DS-GVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses für uns oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Woher erhalten wir personenbezogene Daten?

Wir erheben und verarbeiten in der Regel nur personenbezogene Daten, die Sie uns direkt zur Verfügung stellen.
Zudem verarbeiten wir - soweit für die Aufgabenerfüllung erforderlich - auch personenbezogene Daten, die wir von Dritten erhalten, zum Beispiel im Bereich der Ausbildungsförderung (BAföG) personenbezogene Daten, welche wir durch eine Amtsermittlung erhalten haben.

Wer hat Zugriff auf die Daten?

Innerhalb des Studierendenwerks Ulm erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die dies zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Auch von uns eingesetzte Dienstleister können zu diesem Zweck Daten erhalten.

An welche Empfänger geben wir personenbezogene Daten?

Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nur weitergeben werden, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung
- Finanzdienstleistungsinstitute oder vergleichbare Einrichtungen, an die wir zur Durchführung der Geschäftsbeziehung mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln,
- Dienstleister, die wir im Rahmen von Auftragsverarbeitungsverhältnissen heranziehen.

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie erhoben wurden, so werden Sie vor der Weiterverarbeitung über diesen Zweck informiert.

Wie lange werden personenbezogene Daten gespeichert?

Grundsätzlich verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, solange dies für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflicht erforderlich ist.
Dabei haben wir gesetzliche Aufbewahrungsfristen zu wahren, deren Ablauf wir abwarten müssen, ehe wir Daten löschen. U.a. liegen in unserem Aufgabenbereich folgende gesetzliche Aufbewahrungsfristen vor:

- Für Buchführungsgrundlagen besteht eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren.
- BAföG-Förderungsakten und entsprechend gespeicherte personenbezogene Daten werden sechs Jahre nach Ablauf der Förderungshöchstdauer vernichtet und gelöscht.
- Daten von Bewerbern für eine Beschäftigung werden nach sechs Monaten gelöscht.

Gibt es eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

In der Regel besteht keine Pflicht zur Bereitstellung von persönlichen Daten.
Ihre Angaben erfolgen überwiegend auf freiwilliger Basis. Teilweise bestehen jedoch gesetzliche Verpflichtungen für die Bereitstellung einzelner Daten.

Das Amt für Ausbildungsförderung benötigt personenbezogene Daten, um über den Antrag auf Leistungen nach dem BAföG abschließend entscheiden zu können. Sie sind als Antragssteller/in dazu gesetzlich verpflichtet, die Daten anzugeben. Auch bei anderen öffentlich geförderten Leistungen ist die Bereitstellung von Daten gesetzlich vorgeschrieben, damit die Bezugsberechtigung nachgewiesen werden kann. Ohne diese Angaben dürfen wir die Leistungen nicht erbringen.

Im Zusammenhang mit Verträgen (z. B. Mietverträge) erfragen wir teilweise Daten, um unsere Leistungen optimal anbieten zu können, beispielsweise Fragen zu besonderen Wünschen, zur Behinderung oder zu Härtefällen. Diese Angaben sind stets freiwillig, jedoch können wir ohne diese Angaben unsere Leistungen nicht optimal erbringen.

Für Beschäftigungsverhältnisse gibt es gesetzliche Pflichten zur Angabe von Daten, beispielsweise steuerliche und versicherungsrechtliche Angaben. Ohne diese Angaben kann kein Beschäftigungsverhältnis begründet werden.

Welche Datenschutzrechte haben betroffene Personen?

Bezüglich der von Ihnen bei uns gespeicherten Daten haben Sie folgende Rechte:

- Auskunft über Ihre bei uns gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO),
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO),
- Löschung Ihrer bei uns gespeicherten Daten (Art. 17 DS-GVO),
- Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern wir Ihre Daten aufgrund gesetzlicher Pflichten noch nicht löschen dürfen (Art. 18 DS-GVO),
- Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten bei uns (Art. 21 DS-GVO),
- Datenübertragbarkeit, sofern Sie die Datenverarbeitung eingewilligt oder einen Vertrag mit uns abgeschlossen haben (Art. 20 DS-GVO).

Sofern Sie uns eine Einwilligung erteilt haben, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Darüber hinaus können Sie jederzeit mit einer Beschwerde an die Datenschutzaufsichtsbehörde wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmung verstößt.

Stand: Juli 2018